

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Der Parteitag der Reformisten

Rettung der sächsischen Rechten — Hinauswurf der Auslanddelegierten aus der SPD.

(Eig. Drahtb.) Heidelberg, 16. September.
(1. Sitzungstag.)

Die „Lösung“ des sächsischen Parteikonflikts innerhalb der SPD erfolgt auf dem Heidelberger Parteitag in einer Weise, die selbst für die abgefeimten Demagogen im Parteivorstand eine starke Leistung ist. Die Rechte, die den Parteitag absolut beherrscht, macht sich über die empörten sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter lustig und verspottet sie wegen ihrer Feindschaft gegen die Koalitionspolitik als Krähwintelpolitiker! Derselbe Parteivorstand, mit dessen Einwilligung Ebert und Sollmann die Reichswehr gegen die eigenen Parteigenossen schickten! Die Sachsenfrage soll so erledigt werden, daß im Anschluß an den Bericht des Parteivorstandes je ein Vertreter der 23 Disziplinbrecher, die als vier Gänse auf dem Parteitag anwesend sind, und ein Vertreter der sächsischen Parteinstanzen eine Redezeit von einer Stunde eingeräumt wird. Dann soll eine Kommission eingeleitet werden, die den Konflikt durch einen Kompromiß erledigen soll. Stelling gibt den Bericht des Vorstandes. Er streift die Konzentrationsbewegungen des Kapitals und erklärt, daß dem gegenüber auch die wirtschaftlichen Kämpfe politische Bedeutung erlangen. Stelling schlägt sehr radikale Töne an. Man werde den Klassenkampf mit aller Energie führen, allerdings ohne das Wort Klassenkampf immer im Munde zu führen. Er polemisiert scharf gegen einen Antrag der Frankfurter Sozialdemokraten, die fordern, daß Mitglieder des Parteivorstandes nur Genossen sein können. „die noch Fühlung mit den Arbeitermassen haben, und deren Vertrauen besitzen“. Der Frankfurter Antrag bringt zum Ausdruck, daß dies bei der Mehrzahl der bisherigen Vorstandsmitglieder nicht der Fall war. Der Sachsenkonflikt sei Entsprungen aus Gegensätzen über die Frage einer Beteiligung an Koalitionsregierungen. Eine prinzipielle Gegnerschaft gegen Koalitionsregierungen sei unmöglich. Die nächsten Tatsachen in Preußen zeigen die Notwendigkeit von Koalitionsregierungen. Man müsse sich endlich auch in Sachsen daran gewöhnen die Gesamtinteressen der Partei zu beachten. Die 23 Abgeordneten der Rechten im sächsischen Landtage haben sich immer gebunden gefühlt und gebunden fühlen können an die Politik und den Willen des Parteivorstandes. Allerdings lehnt der Parteivorstand ab, jede Handlung der 23 in ihren Einzelheiten zu billigen. Als Stelling in seiner Rede in der Ausschlußfrage weiter gegen die Linken polemisiert, kommt aus der sächsischen Ecke Widerspruch, der von Stelling mit dem Hinweis auf das Parteikatut scharf niedergedrückt wird. Der Parteivorstand hat sich bei der Durchführung der Ausschlußverfahren nach den Wünschen der 23 gerichtet, die ablehnten, daß nur ein Schiedsgericht für alle Fälle eingerichtet wird. Man könne den Sachsenkonflikt nicht so lösen, daß man die 23 als Disziplinbrecher aus der Partei ausschließt. Man müsse darauf hinwirken, daß bei gegebener Situation der Landtag aufgelöst werde. Dann müßten alle Ausschlußanträge zurückgezogen werden. Bei der Wiederaufstellung der Kandidaten müßte ohne formelle Bindung durch die Organisation eine Berücksichtigung aller Richtungen erfolgen. Damit nimmt der Parteivorstand offen und uneingeschränkt Stellung für die 23, gegen die sächsischen Bezirksorganisationen.

Nachdem Stelling die sächsische Linke erledigt hatte, kommen nun die Kommunisten dran. In seinem Schlusswort entfaltet Stelling eine wüste Hege gegen die Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland. Alle Organisationen müssen darüber wachen, daß kein sozialdemokratischer Arbeiter nach Rußland geht. Dann erklärt Stelling im Auftrage des Parteivorstandes:

„Hier eingeschriebene Mitglieder der SPD, haben an einer Rußlanddelegation teilgenommen und über ihre Reise in einer öffentlichen Versammlung berichtet. In diesen Fällen müssen diese Arbeiter aus der Partei ausgeschlossen werden, denn die vier haben für eine der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehende Partei gewirkt.“

*

Stelling hat mit diesen Ausführungen offenbar, wohin der Kurs auf dem Heidelberger Parteitag geht. Die 23 sächsischen Abgeordneten, die seit Jahr und Tag gegen den Willen der gesamten sächsischen Organisation der Sozialdemokraten im Preussener Landtag Koalitionspolitik herbeizitierten, sollen durch den Parteitag gerettet werden. War es nicht eine Prookulation der gesamten linken Delegation, daß der Parteivorstand ausgerechnet Bethe, einer der gewillmosesten Elemente, den die sozialdemokratische Landtagsfraktion aufzuweisen hat und der von seinen eigenen linken Parteigenossen als

„Szeneant, Hausrecht und Zuhälter der Reaktion“ betitelt wird, für die 23 Rechten, am Parteitag gesprochen hat.

Die Linken auf dem Parteitag haben es als eine solche Aufgefaßt und sie wagten es einen Moment zu rebellieren. Stelling aber, der Unentwegte, rief sie mit Hilfe des Parteikatut zur Ordnung. Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die 23 vom Parteitag gerettet werden und mit ihnen zugleich die sächsische Koalitionsregierung. Wenn der Parteitag einer solchen Lösung zustimmt, so hat er einen neuen Beweis dafür geliefert, wie tief die sozialdemokratische Partei gesunken ist. Alle diejenigen, die Hand in Hand mit der Bourgeoisie und den Feinden der Arbeiterklasse zusammengehen und gegen die Arbeiterklasse regieren, sollen und müssen der sozialdemokratischen Partei erhalten bleiben.

Nach der Auffassung des sozialdemokratischen Parteitagess als ist jedes Verbrechen gegen die Arbeiterklasse erlaubt. Im gleichen Atemzuge aber, in dem die 23 deren Sünden so groß sind, daß sich alle christlichen Elemente der Sozialdemokratie mit Abscheu von ihnen wenden, durch den Parteivorstand geeicht werden. Hündel der Berichtshatter Stelling den Hinauswurf aller derjenigen sozialdemokratischen Arbeiter aus der SPD an, die es noch wagen sollten, nach Rußland zu reisen, um mit eigenen Augen zu sehen, wie Rußland heute aussieht. Die Arbeiter und besonders die sozialdemokratischen werden aus der Wohnung des Parteivorstandes erkennen, wie schwer dem Parteivorstand die Rußlanddelegationen im Magen liegen. Der sozialdemokratische Parteivorstand mag noch so viele ausschließen, die es wagen, gegen den Stachel zu lodern, er wird es nicht mehr verhindern können, daß die deutschen Arbeiter die Wahrheit über das Rußland der Arbeiter und Bauern erfahren. Die Antwort der gesamten deutschen Arbeiterklasse und besonders der sozialdemokratischen Arbeiter, in denen der Drang nach Wahrheit über Sowjetrußland mit jedem Tage stärker wird, muß die Parole sein:

Wählt neue Arbeiterdelegationen nach Rußland!

Deutsche Kreditkrise und russische Aufträge

Vor wenigen Tagen ist zwischen der Sowjetregierung und den Widersetzern in England ein Vertrag über Lieferung von Elektro-Dynamos zum Preise von 1,2 Millionen Mark abgeschlossen worden. Dieser Abschluß ist insofern auch von Interesse für die deutsche Wirtschaft, als über diesen Auftrag, der die Ausrichtung des neuen, großen Elektrizitätswerkes bei Leninograd betrifft, seit längerer Zeit auch mit der deutschen Elektroindustrie verhandelt wurde. Obwohl die Preise der großen deutschen Elektrofirmaen durchaus konkurrenzfähig waren, mußte der Auftrag doch nach England vergeben werden, weil die deutschen Unternehmungen nicht im entferntesten in der Lage waren, einen derartigen langandauernden Kredit zu gewähren, wie die englischen Werke. Das allmähliche Abflauen des Auftragsbestandes in der bisher noch gut beschaffigten und konkurrenzfähigen Elektroindustrie ist, wie dieses Beispiel zeigt, vor allen Dingen auf die Kreditkrise zurückzuführen, denn ebenso wie nach Rußland kann

auch nach den anderen Exportländern die Elektroindustrie nur dann ihre Waren ausführen, wenn sie in der Lage ist, die bei dem Bau von Elektrizitätswerken üblichen sehr langfristigen Kredite zu gewähren.

Der Parteitag der Wirtschaftspartei gegen den Mittelstand

In der Montag-Sitzung des Parteitages der Wirtschaftspartei erklärte der Abg. Mallath, daß die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei sowohl in der Aufwertungs- wie in der Steuer- und Zollfrage die Interessen des Mittelstandes wahrgenommen habe. In Wirklichkeit hat diese Partei allen Zoll- und Steuerplänen sowie dem Aufwertungsbeitrag der Luther-Regierung ihre Zustimmung gegeben und damit gegen die Interessen des notleidenden Mittelstandes gehandelt.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie findet dieses Jahr im Schatten des Marceller Kongresses statt. Der Internationale Kongreß von Marzelle hat in den wichtigsten Fragen die Marschrichtung der 2. Internationale festgelegt. Die deutsche Delegation war auf dem Marceller Kongreß die stärkste. Nicht nur die Vertreter des Berliner Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion waren in reicher Zahl anwesend, sondern auch eine erhebliche Anzahl von Provinzvertretern haben an den Beschlüssen von Marzelle mitgewirkt. An eine Revision der Marceller Beschlüsse durch den deutschen Parteitag der SPD ist also nicht zu denken. Damit ist die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteitages zum Parteitag zum Garantiepakt, zur östlichen und westlichen Orientierung bereits vorweggenommen. Ueberraschungen in diesen Fragen sind nicht zu erwarten. Bei der inneren Schwäche und politischen Haltlosigkeit der austromaximistischen Opposition in der deutschen Sozialdemokratie kann auch nicht damit gerechnet werden, daß diese Opposition in den imperialistischen Fragen mit einer eigenen politischen Plattform in prominenter Weise hervortreten wird.

Eins ist jedoch für diesen Parteitag charakteristisch. Es ist der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach der Revolution, den diese Partei als Oppositionspartei gegen die führende Regierung abhält. Die Sozialdemokratie verfügt über die stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag. Sie hat außerdem großen Einfluß auf die Gewerkschaftsführung. Eine starke, zielbewußte, vor keiner Konsequenz zurückweichende Opposition dieser Partei könnte einer kapitalistischen Regierung manche Nuß zu knacken geben. Rein instinktiv fühlen dies auch die proletarischen Anhänger der Sozialdemokratie. In den Diskussionen, die unter den sozialdemokratischen Arbeitern geführt werden, tritt immer wieder das Verlangen hervor, die SPD müsse sich von der Koalitions- und Politik abwenden. Die jetzige Opposition gegenüber der Luther-Regierung dürfe kein Manöver sein mit dem Ziel einer Regierungsbildung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Koalitions- und proleta-rische Einheitsfront zum Sturze der Bourgeoisie. So steht die Frage vor der Arbeiterklasse. Der Parteitag wird sich wiederum für die Koalitions- und gegen die proletarische Einheitsfront entscheiden. Damit ist auch die Stellung aller Klassenbewußten revolutionären Arbeiter gegenüber der Sozialdemokratie gegeben.

*

Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Heidelberger Parteitag beträgt die Gesamtmitgliedszahl der SPD. zurzeit 844.485. Es wäre interessant, die soziale Zusammensetzung dieser Mitgliederklasse zu kennen. Wie richtig wäre es, zu erfahren, aus welchen Schichten sich der innerhalb eines Jahres eingetretene Mitgliederverlust von rund 100.000 Mitgliedern zusammensetzt. Der sozialdemokratische Parteivorstand geht jeder genaueren Untersuchung der Ursachen des Verlustes vorläufig aus dem Wege. Er beschränkt sich auf einige allgemeine Redensarten über die schlechte Wirtschaftslage. Nun war die Wirtschaftslage im abgelassenen Berichtsjahr erheblich günstiger als in vielen Jahren zuvor. Die Wahrheit, die der sozialdemokratische Parteivorstand nicht ausgehen will, ist, daß es die Politik der Partei war, die diesen Verlust an Mitgliedern herbeigeführt hat. Und zwar sind es überwiegend proletarische Elemente, die der SPD den Rücken gekehrt haben, weil sie die fortwährende Verbürgerlichung ihrer Partei nicht mehr länger mit ansehen konnten. Sie sind heute in ihrer übergroßen Mehrzahl politisch pallid.

Die Wahl Heidelbergs als Tagungsort soll eine Ehrung des verstorbenen Führers Ebert sein. Eberts Geist und Eberts Politik wird den Parteitag beherrschen, wie er die Politik der Partei beherrscht. Eberts Politik war die Einschürrung der Kräfte des deutschen Proletariats für die Interessen der Bourgeoisie. Eberts Geist herrscht fort in der Diplomatie des rechten Führerflügels, der die Partei beherrscht und von dem Hermann Müller während des Scheiterns des Kampfes gegen die Fülle so glänzende Proben gegeben hat.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Parteitages ist die Beratung eines neuen Programms. Dieses Programm, mit einigen zerstückten Fäden der abgelegten Prinzipien von ehemals bekleidet, ist ein typisches Kleinbürgerliches Reformprogramm, in dem die aus dem Erfurter Programm übernommenen Teile wirken wie Versteinerungen in einem Museum. Einige der maßgebenden rechten Führer haben in der Programm Diskussion bereits offen gefordert, man möge doch die überholte Prinzipienpolitik lassen. Die Führer besitzen wenigstens den Mut, die politische Charakterlosigkeit der Sozialdemokratie offen zuzugestehen.

Eine wichtige Frage wird auf dem Parteitag der Sachsenkonflikt spielen. Die 23 Landtagsabgeordneten in

Worüber sich die Bourgeoisie freut

Die „Kölnische Zeitung“, das Blatt der Schwerindustrie, hat eine eigene Berichterstattung auf den Kongress der englischen Gewerkschaften geliefert. Das beweist, welchen Wert auch die deutsche Bourgeoisie diesem Kongress beimisst. Mit Genugtuung verzeichnet die „Kölnische Zeitung“ jeden erfolgreichen Vorstoß der Reformisten. Mit häßlichen, schadenfrohen Ausdrücken werden jede Niederlage der ehrlichen Gewerkschaftsvertreter, der sogenannten „Radikalen“ verzeichnet. Es dürfte auch die deutsche Arbeiterklasse interessieren, welche Befehle des Kongresses der deutschen Bourgeoisie besonders Freude machen.

In der englischen Gewerkschaftsbewegung besteht eine gewaltige Zerspaltung. Nach der Ausstellung der „Kölnischen Zeitung“ gibt es nur 39 Gewerkschaften, die 500—1000 Mitglieder zählen, 40 mit einer Mitgliederzahl von 300—500, 62 mit einer Mitgliederzahl von 100—300 und 70, deren Mitgliederzahl unter 100 liegt, darunter solche, die aus insgesamt 15 (im Wortsinne fünfzehn) bis 30 Personen bestehen. Das ist der Tatbestand.

Die „Radikalen“, die mit Recht erkannt hatten, daß die ungeheure Zerspaltung in Organisationen und Organisationsformen im Kampfe gegen die geistige Tyrannei der Unternehmer früher oder später einmal zum Schaden für die gesamte Arbeiterklasse auslaufen kann, haben deshalb beantragt, daß die Zahl der bestehenden Gewerkschaften durch Zusammenlegung verringert und die Bildung neuer Gewerkschaften verhindert wird.

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet über diesen Antrag: „... hinter dem Antrag steckt mehr als das Streben nach einer praktischen Verringerung dieser Überzahl an Gewerkschaften, sondern, wie in der Erörterung deutlich wurde, der Wunsch auf radikaler Seite, die Organisation der Gewerkschaftsbewegung so zu vereinfachen, daß sie eine schlagkräftige Waffe in der Hand einiger weniger Führer darstellt. Der Hauptredner für den Antrag, der bekannte Abgeordnete Ben Tillet, erklärte offen, daß Arbeiterpartei und Gewerkschaften heutzutage auf Gehalt und Verderb miteinander verbunden seien. Wenn sie nicht zusammenhelften, würden sie einzeln besiegt werden. Mehrfach wurde auch darauf hingewiesen, daß sich die Arbeitgeber ebenfalls immermehr zusammenschließen.“

Reformisten, bemuhte Lakaien der MacDonald und anderer Minister a. D. S. M. des Königs von England und Kaiser von Indien und zahlreiche Vertreter der „Gewerkschaften“ (mit 15 Mitgliedern!) haben mit geringer Mehrheit den Antrag zu Fall gebracht. Schmunzeln verzeichnet der Korrespondent der deutschen Schwerindustrie diese „neue Niederlage der Radikalen“.

Die englischen, aber auch die deutschen Arbeiter werden daraus die Lehre ziehen, daß nichts die Bourgeoisie mehr fürchten wird, als die nationale und internationale Einheit der Gewerkschaften.

Der Bergetat im Hauptauschuß des Landtages

An Donnerstag wurde im Landtag die Debatte über den Bergetat fortgesetzt. Auf einen Antrag des Zentrums, in dem verlangt wurde, daß die Reichsregierung den Ruhrgrubenkapitalisten Zuschüsse nach dem englischen Muster gewähren wolle, für den auch die Volkspartei einzutreten, erklärte der Handelsminister Dr. Schuler, daß es unmöglich sei, den deutschen Grubenbesitzern des Ruhrgebietes so viel Millionen Mark zu geben, damit sie gegen die Engländer antämpfen könnten. Ein solcher Weg könnte in Deutschland nicht beschritten werden.

Bezeichnungen für die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums ist jedoch die Tatsache, daß das Zentrum eine finanzielle Unterstützung der Grubenbesitzer beantragt, im Moment, wo der Zentralarbeitsminister Brauns eine Lohnsenkung für die Bergarbeiter ablehnt.

Für unsere Fraktion sprach der Genosse Schulz. Dittler, der besonders die Not der Waldenburger Bergarbeiterkassen schilderte. Löhne von 4 und weniger Mark werden bei acht- und zehntätiger Arbeitszeit gezahlt. Während die Unternehmer sich Luxusbauten errichten lassen, wohnen die Bergarbeiter in elenden Hütten. In keinem Bezirk sind die Wohnverhältnisse so schlecht wie in Waldenburg. Die Antrieber, auf den Gruben hatte zur Folge, daß in einem Monat 12 Arbeiter getötet und 24 schwer verletzt worden sind. In einer Woche verunglückten auf der Neuroder Grube allein fünf Mann tödlich.

In Hand der Bilanz der Fürstener Gruben zeigte Genosse Schulz, daß diese Gesellschaft nicht, wie im Bericht gesagt, 1.700.000 M. Zuschuß brauchte, sondern 1.300.000 M. Ueberschuß gemacht hätte.

Genosse Abel wies auf die unhaltbaren Zustände im oberirdischen Kohlenbergbau hin und kritisierte scharf das Verhalten des Herrn Oberbergrat, Direktor der Preußen, der den letzten Bergarbeiterstreik in Obersachsen verursacht. Auch hier werden Millionen für Reibereien hinausgeworfen, dagegen wird eine Lohnsenkung für die Bergarbeiter, da der Lohn sich zwischen 3,80 und 5 Mark bewege, abgelehnt.

Nach Abschluß der Debatte lagen 38 Anträge vor: die kommunistische Fraktion hatte beantragt, daß bei der Bergakademie in Clausthal Kurse für die Betriebsräte eingerichtet werden sollen. Ein anderer Antrag verlangte die Zurückziehung der rationaleren Knappschaffensmedelle und Ausgestaltung des Knappschaffenszweiges den Forderungen der Bergarbeiter entsprechen. Wiedereröffnung der Familialhilfe. Zur Hebung der Arbeitslosigkeit forderten die Kommunisten Uebernahme des gesamten Bergbauwesens in Staatsbesitz und maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Gruben für die Arbeiter und Angehörigen der Arbeitswelt. Ein besonderer Antrag verlangte den Besondere Schutz derjenigen Arbeiter, die Anzeige gegen Grubenbesitzer erheben wegen Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften.

Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurden jedoch alle kommunistische Anträge abgelehnt. Einige nichtstufende sozialdemokratische und sozialistische Anträge wurden auch in diesem Jahre angenommen, die aber genau wie früher nicht die geringste Bekanntheit haben. Wir werden noch auf diese Anträge besonders eingehen.

In der Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes deutscher Reichsbahnbeamten in Heidelberg wurde der organisatorische Zusammenschluß der Organisationen beschlossen. Die neue Organisation trägt den Namen „Zentralgewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und Knapparbeiter“.

Die verrenteten Arme schmerzten, der Kopf schwindelte, er hatte einen leichten Brechreiz. Er hatte Lust zu liegen und in Ruhe gelassen zu werden.

Wieder zog Lopatino durch seinen Kopf. Er sah die hungrige Mutter, die zwei Brüder und Jaschlas Gewehr. Mißtrau schüttelte den Kopf, um nicht von den aufregenden Gedanken belästigt zu werden, wandte sich gleichgültig von dem ihm ständig begleitenden Kummer ab. Von dem kann man nirgendwo wegfahren. Mißtrau fährt nach Taschkent, der Kummer aber läuft ihm nach, wie das Kähegen der Kage. Gut, daß er einen festen Charakter hat, das Weinen nicht leiden kann. Irgend hätte er schon längst losgehauen. Genosse Danajew hat ihm zu seinem Glück verschlossen, jetzt hat er es verloren. Hohe Gedanken ziehen durch Mißtras Kopf, zerstückeln sein Herz, pressen Tränen aus den Augen.

Die Wagenräder ärgern ihn:
„Wird nicht hintonnen.“
„Wird nicht hintonnen.“
„Der Tod!“
„Wird nicht hintonnen.“
„Wird nicht hintonnen.“
„Der Tod!“
Der Mann holte aus der Kiste eine Brotkruste, beißt vorläufig keine Stücke ab, schaut Mißtrau schief an. Mißtrau wendet sich ab.
„Wohin fährt dein Vater?“
„Nach Taschkent.“
„Ist es denn schöner, in Taschkent zu bleiben?“
„Ne.“
„So, nichts. Ausgerechnet für euch hat man dort Brot im Vorrat. Halt aus die Tasche hin!“
Die Räder rattern.
Ringschleppen, leere, wasserleere, laufen vom Zug weg. Telegraphenmasten fliegen vorbei. Keine Spuren lösen drauf.
Kein Bakstrefeier hängt an den Telegraphenmasten.
Kein Bauer fährt auf dem schmalem Weg neben dem Bahndamm.

Kiesenhaste Schritte ohne Dörzer.
Wüste ohne Hundgebell...
Nur hohe Hügel mit bleichen Köpfen, und die Luft über den Höhen hallert wie ein Hagel. Ab und zu rast ein schadhaftes Wachterhäuschen mit zerklüfteneren Fenstern vorbei. Ein zerbrochenes Dach erinnert an Lopatino, wo hungrige, leere Bauern hätten stehen. Dann wird Mißtras Herz von unbegreiflicher

Streit der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M.

Nachdem der vor einigen Tagen gefällte Schiedspruch über eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter sowohl von Unternehmern wie von Arbeiterseite abgelehnt worden ist, treten die städtischen Arbeiter, beiderseits 12.000 Mann, in den Streit. Die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Betrieb der städtischen Krankenhäuser werden aufrecht erhalten werden.

Die deutsche Regierung zur Außenministerkonferenz vorgeladen!

Ostern mittags 12 Uhr wurde Außenminister Dr. Stroschmann von dem französischen Botschafter de Margerie durch ein kurzes Memorandum davon unterrichtet, daß die französische Regierung mit einer Ministerkonferenz zur mündlichen Weiterführung der Verhandlungen Ende September, Anfang Oktober, an einem noch zu bestimmenden Ort, einberufen sei. Kurz nachher überreichte der englische Geschäftsträger im Namen seiner Regierung ein gleiches Memorandum. Bei dieser Unterredung soll auch die Wahl des Konferenzortes und die Frage der Beteiligungsstaaten an der Konferenz erörtert werden sein.

Stragen vor dem Ausschuh für östliche Gebiete

Am 14. September begannen im Landtag die Beratungen zur Verringerung der Not in den Provinzen gestellten Anträgen vor obigem Ausschuh.

Einleitend gibt der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeord. Riedel (Dem.), bekannt, daß sich eine Delegation des „Verbandes der Heimatlichen Oberlehrer“ in Berlin eingefunden hat, um vor dem Ausschuh gehört zu werden. Ohne Widerspruch wird beschlossen, die Delegation nicht offiziell zu hören! Gleichzeitig ist vom Obersächsischen Kommunalvertretern gewünscht worden, daß die Abgeordneten des Ausschusses mit Vertretern der Staatsregierung das oberschlesische Gebiet besichtigen. Die kommunistische Fraktion wird hierzu beantragt, daß die Besichtigung auch auf das Neuroder Waldenburger Gebiet ausgedehnt wird.

Abg. Wittke (Bürgerl. Berg.) gibt anschließend einen Bericht über die Unterbringung der Opatanten in Schneidemühl. Die preussische Regierung hat es unterlassen, rechtzeitig Maßnahmen für die Unterbringung der Opatanten zu treffen. Für 3—4000 Personen sei in Schneidemühl Platz gewesen. 6—7000 Opatanten waren dagegen untergebracht. Im übrigen verlangt er Beteiligungsmaßnahmen gegen die Polen.

Er fordert, daß die noch schätzungsweise in Deutschland vorhandenen 4000 polnischen Arbeiter ausgewiesen werden, um den Opatanten Platz zu machen. Die Regierung müsse den Opatanten dankbar sein, denn sie hätten als Deutsche in Polen gehindert, daß Polen dem Volksweltismus in den Rächen geworfen würden!

TASCHKENT DIE BROTREICHE STADT ALEXANDER NEWEROW 21 NEUER DEUTSCHER VERLAG — BERLIN W 8

Es kommt aber anders, wenn man nicht sterben will. Mißtrau wollte nicht sterben.

Sammelte seine letzte Kraft, beehrte jede Sehne wie einen eigenen Stahl, die Kräfte erreichen den Tritt. Armmute den Körper, senkte den Rücken nach unten. Es wurde leichter, den versteinerten, schweren Hintern zu halten.

„Jetzt falle ich nicht hinunter.“
Trotz war er, doch eben von der Plattform herab sah ihn ein Mensch mit bösen Augen an, sagte was, doch die Räder verführten die Stimme, zerdrückten sie mit trodnem Rattern. Mißtrau hatte nichts verstanden, sah den bösen Mann nur stehend an.

„Onkelchen, hi! mir!“
Auch Mißtras Stimme wurde von den Rädern verführt, an den Ohren vorbeigehend. Lange sah der Mensch den hingenden Mißtrau an, erinnerte sich an die Instruktion, keinen ohne Fahrkarte fahren zu lassen.

„Hilf ihm zustimmen!“
Dann aber (was kam gar, unermattet) wurde Mißtrau am Arm unter der Schulter gefaßt. Der Mann zog ihn auf die Plattform, stellte ihn neben einer Kiste mit einer Laterne hin, fragte ihn:

„Hilf dich wohl hintonnen?“
Mißtrau schrie:
„Wer bist du?“
„Aus Lopatino.“
„Mit wem fährst du?“
„Mit dem Vater.“
„Wo ist dein Vater?“
„Dort im Wagen.“
Der Mann sah Mißtrau mit krengen Augen an, wandte sich ab.
„Ich hab euch fah!“
Mißtrau schwieg.
Er sah neben der Kiste, streckte die Beine in den großen

Trübsal erkaft, wie mit einer Faust zusammengedrückt, der schmerzende Kopf senkt sich tiefer.
„Hilf dein Vater viel Geld mit?“
Der Mann quält ihn durch dieses Verhör.
Mißtrau mag die Zunge nicht bewegen, er hat es satt, jedesmal zu prahlen. Wie soll er aber anders nach Taschkent kommen? Alle fragen ihn aus, vor jedem muß er Ausflüchte machen. Auf er es nicht wird er rausgeschmissen. Man wird ihn unterwegs rauswerfen wie eine kleine Kage, wird ihn in der Steppe ohne Menschen, ohne Häuser zurücklassen, wird ihm in ihm sagen:
„So ein Gauner! Hat weder Vater noch Mutter. Reist ohne Fahrkarte und ohne Durchlaßschein.“
Mißtrau blüdt vor sich hin mit müden, geröteten Augen, spricht ruhig, wie ein großer, richtiger Bauer:
„Geld hat er viel gehabt, aber die Hälfte ist ihm gestohlen.“
„Wo?“
„Man hat ihm auf einer Station die Tasche abgehauen.“
Das Gesicht des Mannes heitert sich auf.
„Der muß dumm sein, wenn er sich die eigene Tasche stehlen läßt!“
„Unerschrockenheit!“ senkt Mißtrau.
„Wie bist zurückgeblieben?“
„Ich bekam Bauchschmerzen, wollte austreten, die Wagen aber begannen zu fahren. Vater schreit: „Steig schnell ein!“ Ich stolperte, hielt mich hier am Griff fest, konnte mich kaum halten. Doch du hast mir die Hand gereicht...“
„Und wenn ich sie dir nicht gereicht hätte?“
„Dann hätte ich mich hingemacht.“
„Du scheinst ein schöner Strohhalm zu sein!“
„Und wer sind Sie, Onkelchen?“

24.
In der Nacht mußte er herunter.
Auf der Station verdröhten Laternen blaues Licht.
Im Dunkel bewegten sich die Menschen.
Kiesenhäufen von Menschen bewegten sich da, stiegen sich, tauchten im Gescheit in den dünnen Stimmen weinender Kinder unter.
Wie augenloze Eulen stiegen die Frauen aneinander.
Mit verfallenen Köpfen.
Mit struppigen Köpfen.
Schleppten keine Kinder in den Armen.
Schleppten am Rücken festgebundene Kinder.
Schleppten Kinder, die an ihren Schurz hingen.
(Fortsetzung folgt.)

Der Eisenbahner-Schiedspruch von den Gewerkschaften abgelehnt

In dem Schreiben, das heute von den Verbänden an den Reichsarbeitsminister gerichtet wurde, heißt es:

Zu dem Schiedspruch vom 10. d. Mts. in Sachen der Eisenbahner-Gewerkschaften, erklären die unterzeichneten Organisationen nach eingehender Stellungnahme, daß sie diesen Schiedspruch in jeder Beziehung ablehnen müssen. Der Schiedspruch geht erweislich von falschen Voraussetzungen aus, indem er eine noch gar nicht bewiesene Preislenkungsaktion und eine von uns mit Zustimmungsbedürfnis behaftete Manövelle Kohlen der Reichsbahn-Gesellschaft unterstellt. Weiteres Merkmal des Schiedspruches ist die tatsächlichen Verhältnisse, die insbesondere darin bestehen, daß seit der durch Schiedspruch vom 1. März 1923 getroffenen Vereinbarung ein sehr erhebliches Zurückbleiben der Lebensmittelpreise zu beobachten ist. Die Gewerkschaften sind deshalb tatsächlich schon moralisch verpflichtet, jede Gelegenheit zur Annahme des Entkommens ihrer Mitglieder an die Lebensverhältnisse wahrzunehmen, und müssen sich in dieser Beziehung alle Schritte vorbehalten.

Der „Süddeutsche“ „Berliner Lokal Anzeiger“ erwartet „eine Verschärfung der Lage“. Er schreibt, daß man wohl annehmen kann:

„daß die Organisations-ebenen wie ihre Mitglieder sich mit der jetzt festgelegten Lohnregelung abfinden werden. Zu diesem Entschluß dürfte auch die Tatsache beitragen, daß man in den Kreisen der Gewerkschaften nichts unternehmen will, was die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlimmern könnte und was zu einer Verteuerung der Produktionskosten führen würde.“

Die Eisenbahner dürfen auf keinen Fall sich durch die „Preisabbau“-Schwindelaktion der Regierung in ihren Entschlüssen beeinträchtigen lassen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt die verhängnisvolle „Kohlen“-Kardierung der Verbände wie folgt:

„Es werden vielmehr, wie wir wiederholt erfahren, eine abwartende Haltung einnehmen und erst wenn die mit so großen Worten angekündigte Preislenkungsaktion der Reichsregierung zu keinem Ergebnis geführt hat, den neuen Tarifvertrag kündigen. Erhält aber das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch nicht für verbindlich, so werden die Gewerkschaften zweifellos den tariflosen Zustand nicht dulden und zu dem letzten Machtmittel, dem Streik greifen.“

Zelbverständlich wird der Schiedspruch von dem Schlichter verbindlich erklärt werden, denn die bisherigen Grundlöhne bleiben bis auf weiteres bestehen, die von der Reichsbahn M. G. bereits eingehenden Ortslagen gelten als tarifliche Regelung, lediglich die Schichtlohn-Lage wird ab 1. 11. von 10 auf 20 Pfg. erhöht werden. Das bedeutet praktische Abkündigung jeglicher Lohnhöhung. Die geringfügige Erhöhung des Schichtlohnes kommt nur den Bahnarbeitern zugute, deren Lohn unter jedem Niveau war. Die betroffenen Eisenbahner können unmöglich „abwartende Haltung“ einnehmen und sich gedulden, bis der „Preisabbau“-Stich der Regierung kommt.

In den Verbänden gilt es, die Führer zu zwingen, nicht nur alle Schritte vorbehalten, sondern Schlichter verbindlich zu tun!

Die Zukunft des europäischen Bergproletariats

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und englischen Kohlenindustrie sind noch im Gange. Ein bestimmter Abschluß liegt noch nicht vor. Der bekannte englische Großhändler Alfred Hand schreibt vor einigen Wochen:

„Es scheint ein schlechtes Zeichen, daß die internationale Bergarbeiterkonferenz bereits tagelange hat, die eine Resolution fälscht, die die Überproduktion allein als die Quelle

des Übels verantwortlich macht, während von den Bergwerksbesitzern der verschiedenen Länder noch nichts interneminiert zu sein scheint, um von sich aus vorzugehen. Es ist die Pflicht der Industrieführer aller Länder, auf eine internationale Verständigung hinzuwirken.“

Wenn die Unternehmer auf dem Gebiet des Bergbaus mit der internationalen Verständigung später angefangen haben als die Arbeiter, so bedeutet das noch lange nicht, daß sie auch später fertig werden. Denn die Unternehmerorganisationen aller

ROTFRONT!



Parole: 20. Sept.
Roter Tag Görlitz

Länder haben nur ein Ziel, nämlich ihr Klasseninteresse. Dagegen die Arbeiterorganisationen sind bisher innerlich gespalten, weil ein Teil ihrer Führer das Klasseninteresse der Bourgeoisie vertritt.

Sehr Mond hat recht: die bekannte Überproduktion im Bergbau ist eine Hauptursache der Krise. Sowohl Lösungsversuche von kapitalistischer wie von proletarischer Seite werden sich mit der Überproduktion auseinandersetzen haben. Das landläufige Rezept ist sehr einfach: Produktionseinschränkung, Betriebsstilllegung, Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter müssen darauf

antworten: „Wenn die Produktion eingeschränkt werden muß, dann nicht auf unsere Kosten!“

Die unmittelbar bevorstehende Tagung der Bergarbeiter internationalen in Brüssel wird ernsthaft zu dem Problem Stellung nehmen müssen. Das Ziel wäre, daß in allen kostenproduzierenden Ländern Europas die Gewerkschaften nach internationaler Verständigung die Produktion regeln. Dann könnte die internationale Arbeiterkontrolle des Bergbaus, daß die Produktionseinschränkung auf Kosten des Proletariats erfolgt. Die beste Form einer Produktionseinschränkung wäre eine gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern, die Bergbau treiben, aber unter Sicherung eines gleichmäßigen menschenwürdigen Lohnes.

Es ist klar, daß diese proletarischen Forderungen reiflos nur zu erfüllen sind, wenn in den entscheidenden Ländern Europas die politischen Machtverhältnisse völlig geändert werden. Die Bergarbeitertagung wird deshalb die speziellen Berufsfragen mit dem allgemeinen Problem des internationalen Klassenkampfes und der internationalen Gewerkschaftseinheit in Einklang zu bringen haben.

Die Preisabbau-Komödie der Luther-Regierung

Vor vielen Jahren ist der edle Don Quixote gegen eine Horde Riesen zu Felde gezogen, aber all sein Mut und lautes Kampfgeschrei verpuffte nutzlos, denn die Ungeheuer, gegen die er zu kämpfen meinte, erwies sich als Windmühlensfügel. Nicht anders ergab es sich bei der Luther-Regierung, die in ihrer Preisabbau-Aktion soeben einen neuen Vorstoß unternommen hat. Voller Freude verkündeten die bürgerlichen Zeitungen, daß sich die Reichsregierung endlich zu einem energischen Vorgehen gegen die Kartelle entschlossen hat und daß sogar demnächst ein Prozeß der Reichsregierung gegen die Textilkartelle vor dem Reichs-Kartellgericht stattfinden wird, Welch eine energiegelbe ede Haltung!

Wirft man aber näher, worin es sich bei diesem Treffer handelt, so wird man bald mit Staunen gewahrt, daß hier ein Theaterstück aufgeführt wird, wie es Lombdienthafter und betrügerischer nicht gedacht werden kann. Die einzige Differenz zwischen den Kartellen und der Regierung bildet nämlich hier die Forderung der Reichsbehörden, daß die Kartelle in Zukunft ihren Mitgliedern nicht mehr die Verpflichtung auferlegen, die Rechnungen für gelieferte Waren in Goldmark bzw. Dollar zu stellen, sondern daß in Zukunft die Lieferungen in Reichsmark zu berechnen seien. Welch wunderlicher Standpunkt. Seit fast zwei Jahren sind die Devisenkurse in Deutschland stabil geblieben; der Dollar steht ununterbrochen auf 4,20 und ob ich beispielsweise eine Ware mit 42 Reichsmark oder 42 Goldmark berechne, bleibt sich völlig gleich, solange nicht eine neue Inflation unmittelbar bevorsteht. Und gerade die Reichsregierung, sowie der Reichsbankpräsident beschwören doch bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, daß an eine neue Inflation nicht zu denken sei. Warum also die Aufregung?

Der Grund für dieses Komödientheater der Bürgerblutregierung ist nicht so schwer zu erkennen. Eine wirkliche Preislenkung ist dieser Regierung weder möglich durchzuführen, noch hat sie den Willen dazu. Andererseits stehen aber große Wirtschaftskämpfe bevor, in denen die Arbeiterschaft verurteilt wird, ihre Löhne den gesteigerten Lebenshaltungskosten anzugleichen. Die Reichsregierung sieht ihre Hauptaufgabe darin, durch allerhand schöne Beteuerungen und Manöver die Gewerkschaften davon abzuhalten, wirklich für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen einzutreten. Schon der erste „ernsthafte“ Schritt, den die Luther-Regierung in der Preisabbau-Aktion unternommen hat, liefert den Beweis dafür, daß die ganze Aktion lediglich auf eine Täuschung der Arbeitermassen abgesehen ist.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Interate: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schließliche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Penzow-Berlin-Druckereistätte Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2543

Täglich 8 Uhr:
Riquette

Liebig-Theater
Täglich 8 Uhr
Der
Sensations-Erfolg
des
Eröffnungs-
Programms

Wochenpielplan
von Sonnabend, den 12. bis Montag, den 21. September

Roberttheater
Sonnabend, den 12. bis
Freitag, den 15. Septbr.
abends 8 Uhr
„Gefellschaft“
Schachspiel
von John Galsworthy
Eröffnung
„Der Kreidkreis“
Chinesisch Spiel v. Kluband
„Der Kreidkreis“
Chinesisches Spiel
von Kluband

Thaliatheater
Sonnabend, den 12. bis
Montag, den 21. September
abends 8 Uhr
„Der dreizehnte Stuhl“
Kriminal-Schauspiel
von Sargard Seulle

Vertreter
verdienen täglich
Mk. 20—60 sowie
Gehalt durch mich
bei Besuch von
Stadt- und Land-
kundschaft

Walter Fiesler
Berlin W. 39
Nollendorfstr. 21 a

Bei jedem Einkauf
muß sich die Genossin
und der Genosse danach erkundigen,
ob der Geschäftsinhaber in unserer Zeitung
inzeriert!

Die Geschäfte, die unsere Zeitung sabotieren,
sollen auch auf Euer Geld verzichten.
Kauft nur noch bei
Inferenten Eurer Zeitung!

Suche ein
grosses Zimmer
Offerten unter G. 100 an
Exp. Schles. Arbeiter-Zeitung.

Gestohlen
habe ich die Ware nicht, trotzdem ver-
laufe ich zu Spitzpreisen und gebe bei
großem Umsatz Zeitrechnung. Große
Auswahl in Möbeln aller Art, Herren-
und Damen-Bekleidung, alle Sorten
Schuhe, Hüte, Handschuhe und Damen-
Bekleidung, besonders Hüte! Gehe ich
wegen Aufgabe meines Amtes zum Verkauf
Preise ab

Beiführer
Möbel- und Bekleidungshaus
Franz Teuber.

Adolf Menzel
Landeshut i. Schl.
Nietzfabrikzeuge: Fahrräder
Kab.-Maschinen: Auto-Bereitungen
Reparatur-Werkstatt
Emailier- u. Antiquare-Schweiß-Anlagen

Allen Arbeiter-Gesangvereinen
empfehle die Kompositionen von
P. S. Ortman

Auferstehung (gem.
Orgel)
Man verlange Partituren zur Ansicht.
Ja beziehen durch den Verlag der freien
Sängergemeinschaft Deutschlands.

Paul Mittau, Düsseldorf
Sieglstraße 15.

Magerkeit wirkt unschön
Schöne
volle Körperformen
durch unser
„Hegro-Kraftpulver“
in 6-8 Wochen bis 30 Pfund
Zunahme. Garantiert un-
schädlich. Ärztlich empfohlen.
Streng reell! Viele Dank-
schreiben. Preis Karton mit
Gebrauchs-Anweisung 3 Mk.

Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Straße 3
Hygiena-Apotheke, Laurentzienstrasse Nr. 91

Unserem Genossen
August Schneider u. seiner Ehefrau
zu seinem
silbernen Ehe-Jubiläum
ein donnerndes „Heil Sowjet!“
Die Genossen
des Grundwerkes Thasler-Girlachs-dorf.

Gustav Hindfleisch, Landeshut
Trautmannstr. 30
Möb., Lack- und Lack-Handlung

Boltsbekleidung!
Gewerbliche Arbeiterbekleidung
Breslau, Matthiasstraße 38

Genossen! Werbt neue Leser!

Lokales

Begrüßung des Genossen Robert Schulz durch die Breslauer Arbeiterkraft

Protestkundgebung gegen den weißen Terror in der „Brattslawia“

Gestern nachmittags lehrte Genosse Robert Schulz, der verantwortliche Redakteur unseres Blattes, nach siebenmonatiger Eingekerkelung aus dem Zentralfängnis Fortibus zurück.

Am Hauptausgang des Bahnhofs stand eine laute Kundgebung, welche die Zukunft des Genossen Schulz erwartete.

Im Auftrage der Bezirksleitung Schlossen der KPB und der Redaktion unseres Blattes begrüßte Genosse Sambrowski den heimgekehrten Kämpfer.

Die Begrüßung war durch eine Kundgebung sowie durch zahlreiche Beiträge für die Vorkämpfer des Kampfes begleitet.

Im Namen der arbeitenden Bevölkerung von Breslau verlangte die Besondere Antwort auf diese Fragen.

Genosse Sambrowski begrüßte den Genossen Schulz im Namen der KPB mit einem dreifachen „Rot Front!“

Zwei Vertreter an der Spitze des Juges, die bei Einbringen in die Strafstrafe wiederholt von den Demonstranten freigesetzt wurden und schließlich sich an jeder Schandtat beteiligten, sorgten dafür, daß auch der Humor zu seinem Recht kam.

In der „Brattslawia“ beleuchtete Genosse Schulz an Hand schriftlicher Material nochmals den Innenlebensbereich und hemd, daß man kaum von einer 20-prozentigen Amnestie sprechen könne.

Sambrowski wurde einstimmig angenommen.

Die heute verarmten Arbeiter von Breslau protestieren auf schärfste gegen den blutigen Terror der rumänischen Bourgeoisie.

Die Breslauer Arbeiter, Angestellten und alle Schaffenden können diese Schande nicht länger dulden.

Die gut besuchte Versammlung war ein neuer Erfolg für die „Rote Hilfe“.

einer Abdruckmaschine muß die Stadtverordnetenversammlung angeregt werden.

Was aber will - fragen wir - der Magistrat tun, um die von Tag zu Tag wachsende Not von über 20.000 Arbeitslosen zu mildern?

Was gebietet es zu tun, um zu verhindern, daß im kommenden Winter Erwerbslose, Kurarbeiter, Kriegsbeschädigte, Arbeitslosen und Kleinstrentner am Hunger sterben?

Die Bestände der Volksbüchereien sind - insbesondere auch durch die Neuerscheinungen der letzten Jahre - wesentlich bereichert worden.

In den Vorschlägen ist der Bestand an wichtigen auswertigen Tageszeitungen neben den heiligen Blättern aller Parteien wieder auf die Friedenshöhe gebracht.

Sie Gebühren sind inzwischen wesentlich herabgesetzt worden.

Bei der Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau wird geschrieben:

Am Reisenden und Auslastungsstellen die Unterrichtung über die günstigsten Fernverbindungen zu erleichtern, enthalten bereits alle größeren amtlichen und nichtamtlichen Kursbücher eine besondere Abteilung über Fernverbindungen.

Der Kartenfahrplan ist in Blattform (2,50 RM.), in Großbuchdruck (3,00 RM.), und in Taschenbuchform (0,75 RM.) herausgegeben worden.

Alle Ortsgruppen des KPB entsenden am 20. September Delegationen zum Roten Tag in Görlitz!

Aus der Provinz

Ein Gendarm als Gültlichkeitsverbrecher

Griegshorf. Ein Schweinhund. Vor kurzer Zeit erschien der hiesige Landjäger im Kontor der Firma Böllers und Nicolai, um den Steinarbeiter Goldis, welcher seit 1921 wegen einer Geldstrafe von damals 100 Mark, wieder gesucht wurde, zu verhaften.

Schmiedberg. Stadtverordnetenversammlung. Der letzten Stadtverordnetenversammlung lagen wieder einige recht bemerkenswerte Vorlagen vor.

Arbeiterport

Sonnabend, den 19. September 1925, findet bei Sorgalla, Bergmannstr. 12, abends 7 1/2 Uhr, die fällige Monatsversammlung statt.

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Stadtverordnetenfraktion Mittwoch, 16. 9. abds. 8 Uhr Rathaus, 1. Etg. bei Behr, Fraktionsfraktion.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau. Donnerstag, 17. 9. abds. 7.30 Uhr Mitgliederversammlung in der „Stadt Wien“ Wolzengasse 26.

Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

- Ostschlesien. Fraktionsfraktion, Freitag, 18. 9. abds. 7.30 Uhr im Lokal Dalk, Antonplatz 17.

Roter Frontkämpfer-Bund

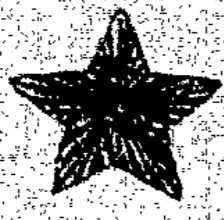
- Breslau. Gesamte KPB, trifft sich heut abends 6.15 Uhr Saugmaschinenring, Schötenberg, Reichelstr. 24.

Jung-Spartakus-Bund

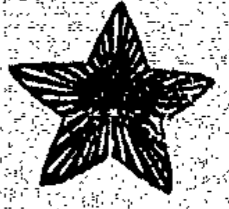
- Breslau. Mittwoch, 16. 9. 10.30 Uhr Zusammenkunft in Mindererschule, Klostergasse 46.

Versammlungsanzeigen

- Breslau. Mittwoch, 16. 9. abds. 8 Uhr im „Blauen Garten“, 45, Friedlandstr. Die bitten dringend um das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder.



Der Jungprolet



Der 12. AOB-Kongress und die arbeitende Jugend

Wir als Arbeiter und vor allem wir in der Hauptstadt Breslau waren gewürdigt worden, den Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands zu beherbergen. Hier, inmitten einer hübschen Arbeiterstadt, hoffte man, den Kongress, ohne daß einem eine geschwängerte Luft wie sich durch die Gassen beim Anzugesetzen und zu Ende zu führen, Gächte, Lese begann er in dem schwarz-weiß ausstaffierten Saal des Gewerkschaftshauses, einseitig wurde er fortgesetzt. Das Gemurmel der gelangweilten Delegierten wurde zur lauten Unterhaltung fast aller, bis ein kommunistischer Delegierter sprach.

Zuerst verachtete man ihn niederzubrüllen, doch die Proleten auf den Tribünen verlangten durch energische Zurufe Ruhe. Sie wollen ihn hören und sie hören zu: reicher Beifall steigt, daß der Kongress seine Zustimmung, seine Zustimmung nun doch nicht dem wirklichen Willen der Mitglieder entspricht.

Die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang. Wir waren auf den Tribünen, daß die Vertreter des AOB, daß ein vom Bundesvorstand beauftragter Referent auf die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder zu sprechen kommt. Wir warten, daß sich der Kongress damit beschäftigt, auf welche Art und Weise es möglich ist, den der Organisation vorerregenen Zeit der Jungproletariat wiederzugewinnen. Denn nach eigenem Eingeständnis des Bundesvorstandes sind im Laufe der letzten Jahre (seit 1922) von den 30000 in den dem AOB, angeschlossenen Verbänden organisierten Jungarbeitern ungefähr 250 000, das heißt die Hälfte, ausgestreut. Durch das Scheitern des AOB-Bundesvorstandes war auch ein Antwort gegeben, vor allem ein Eingeständnis. Dieses Scheitern war das Eingeständnis der Schuld der leitenden Stellen des AOB, war aber auch weiter eine Bankrotterklärung. Die bisherige Gewerkschaftspolitik hat, das beweisen die Zahlen, einfach Bankrot gemacht; und nicht nur ihre bisherige Arbeit, auch für die Zukunft; wollen sie nichts Neues zu sagen, gehen einfach über diese kranken Fragen der Ersaffung des Jungproletariat, der Heranziehung und der Schulung der jungen Arbeiter hinweg. Man wird sagen, die Beibehaltung der Jugendfragen war die am 5. und 6. August in Hamburg stattgefundene Jugendkonferenz. Da aber auch dort ist man über die kranken Fragen wirklich der Jugend erfallende und haltende Gewerkschaftsarbeit hinweggegangen. Man sprach über Jugend und Beruf, stellte sich auf über „soziale Verbundenheit“ mit dem Beruf, sprach davon, daß die augenblickliche Lage des Jungarbeiters ausweglos ist und so weiter. Auch das charakterisiert genau so wie die Tatsache, daß die von der Berliner von der Hamburger, von der Sächsische Freigewerkschaftlich organisierten Jungarbeiterkassen gewählten Delegierten einhach nicht zugelassen wurden, weil sie Kommunisten waren.

Aber kommen wir wieder zum AOB-Kongress zurück. Wir wollen uns festhalten, daß wir eben immer warten, mit Einigungswilligkeit wurden nachfolgende Anträge angenommen, wurden für die weitere Arbeit größte Bedeutung habende Anträge abgelehnt. Bis man Schluss machte, einen Tag vorher als man eigentlich glaubte.

Die Hamburger Jugendkonferenz, der 12. AOB-Kongress haben bewiesen, wie hilflos die jetzigen Führer sind, haben gezeigt, zu welchem Ergebnis ein revolutionäres Gewerkschaftsultat führt — und zeigen aber auch, daß man von Teilen des AOB, nicht davon zurückkehren will. Bezugs die gemiesen und die zum Erfolg führen würden, deshalb nicht zu behaupten, weil sie die Jugend selbständig machen würde, weil sie aus der geduldeten, irregulären Masse eine wirkende, treibende Kraft machen würde. Und angesichts der Ergebnislosigkeit jeder Kongresse wiederholen wir noch einmal mehr an den AOB, geteilten Forderungen, die geeignet sind, der Organisation wirksamen Inhalt zu geben.

Wir, und mit uns das Jungproletariat, fordern:

Beginn einer großen Kampfkampagne unter den Jungarbeitern zum Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Verbindung der Gewerkschaften mit dem Betrieb, in jedem Betrieb ein Jugend-Vertreterkammer.

Stärke mit dem heute in den Jugendsektionen betriebenen Kampf mit der Klassenkampagne für die Arbeiter-Klassenarbeit.

Was man im Betrieb erleben kann

Es ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ich Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes. Er ist ein in einem eigenen Kämpfer, ich ein junger Genosse. Nun wir sehen gemeinsam im Betrieb und diskutieren über die Ursachen des Weltkrieges. Ein großer Kreis Kollegen umringelt uns, um zu hören. Es entspannt sich folgendes Gespräch: Der Sozialdemokrat erklärt: Die Sozialdemokratie hat 1914 alles getan, was in ihrer Kräfte lag, um den Weltkrieg zu verhindern. „Ich habe gesagt, ob er damit die Kriegs-treibendwilligen, militärischen Propaganda ist, meinst. Die Führer waren auf meiner Seite. Entschuldig mir dieser Oberbegriff eines Stroh und erklärt mir, sofort eine Ohrfeige zu geben, da ich ihn probieren will. Alle parteilichen Arbeiter geben mir recht, da sie über die wahren Ursachen besser informiert waren, als das Wahre die AOB-Mitglieder. Und bereits heute sehen wir, daß ein großer Teil der Arbeiter, welches Bezugs die rote Front schließt und sich frei macht von den sozialdemokratischen Lehren.“

Kommunistische Jugend und Roter Jungsturm

Ein Genosse schreibt uns:

Es gibt viele Genossen, die den Roter Jungsturm als so eine Art Reservierungsgesellschaft für Kommunistische Jugend betrachten und glauben, er sei der Jugend angehören, der proletarischen Pflichtes voll und ganz getreu zu haben.

Diese Ansicht ist natürlich falsch. Gemäß der Roter Jungsturm ist eine Organisation des Klassenkampfes, er ist daher eng verbunden mit der KP. Er organisiert den Kampf gegen die imperialistischen Kräfte, er erzieht die Jungarbeiter zum Klassenkampf, aber er ist keine parteipolitische Organisation, welche politische Kurse führt. Dieses zu tun ist nicht die Aufgabe der Kommunistischen Jugend.

Er ist organisiert die politische und wirtschaftlichen Kämpfe der proletarischen Jugend für ihre Befreiung. Nur

die KP schafft Betriebszellen, um die Verbindung mit den Massen der Jungarbeiter aufrechtzuerhalten. Sie arbeitet in den Gewerkschaften und ihren Jugendsektionen, um diese zu revolutionieren und auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen. Sie organisiert die Jungarbeiter zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution. Sie hält die enge und innige Verbindung mit den ausländischen revolutionären Jugendorganisationen aufrecht, führt also einen internationalen Kampf für die Befreiung des Proletariats.

Der Roter Jungsturm dagegen ist keine parteipolitische Jugendorganisation. Er hat nur in erster Linie die Massen der Jungarbeiter zu sammeln, der politischen Jugendorganisation neue Kräfte anzuführen. (Es darf dabei niemals ein Kennzeichen des Jungsturms verlernt, der die KP. Kräfte zu entziehen.) Jeder revolutionäre Jungarbeiter muß in erster Linie Kommunist sein und neben der Erfüllung seiner Aufgaben als KP. Genosse auch den Roter Jungsturm fördern, damit er zu einer proletarischen Massenorganisation wird.

Wir sind nicht zu verbieten!

Von M. S.

Und wenn ihr uns verboten habt, Wir sind nicht zu bezwingen, Wir reiten doch, dem Adler gleich, Nur kästiger die Schwingen. Und habt ihr uns auch vor gelacht, Wir kämpfen weiter, unverzagt, Wir sind nicht zu verbieten!

Und würde mir auch Hilfe sein, Kant sprechen eure Sünden, Und horet ihr uns ins Juchhans ein, Um uns zu überwinden, Was ihr auch tut, — des Volkes Not Der armen Kinder Schrei nach Brot, Der kennt ihr auch, verboten!

Wir sind der Sturm, wir sind die Erde, Wir sind des Volkes Stimme, Wir kühnen wie des Meeres Fluß Und trogt euren Grimmeln, Wir sind des Volkes Raubegeist, Der auch doch endlich niederreißt, Wir sind nicht zu verbieten!

Revolutionäres

Die Haftentlassung unseres Genossen Max Schmoll wurde abgelehnt, da die zur Anwesenheit notwendigen Bedingungen bei ihm nicht erfüllt waren. Das heißt auf gut Deutsch, daß Genosse Schmoll von dem Staatsgerichtshof mit mehr als zwei Jahren bedacht werden soll. Wir wünschen unserem Genossen Schmoll, daß er ihn nicht vergessen und weiter kämpfen werden, bis auch er die volle politische Befreiung erfahren hat.

In der „Kühnheit der Meinungsäußerung“ ist in letzter Zeit folgende Jugendliteratur beschlagnahmt worden:

Kühnheit, am 15. Januar.

Kühnheit, am 1. Mai.

Kühnheit, am 7. November.

„Mein Genosse“.

Die Kommunistische Jugendinternationale und ihr Programm.

Erweiter: Die Aufgaben der kommunistischen Jugendinternationale.

Karl Klüber: Paragrafen an der Ruhr.

Bildungsvertrag: „In der roten Pampa“. Zum 10-jährigen Jahrestag der KPD.

Daneben noch: „Kämpfer, Proleten und Es geht nichts über den Kämpfer“!

Das ist doch zu viel!

Die aus Landeshut nach Hamburg zum Reichsjugendtag der KPD schickenden KPDler bekommen vom Landesjugend-Gewerkschaftsrat 15. Mark als Unterhaltungs bewilligt. Als nun einige Gewerkschaftsmitglieder mit Recht forderten, einen Bericht über die Ereignisse in Hamburg zu hören und dieses Verlangen von einer großen Anzahl Gewerkschaftsmitglieder unterzeichnet wurde, erklärte der KPD-Vertreter: Ich bin noch kein KPDler!

Durch die von unseren Genossen geleitete Aufklärungsarbeit gingen doch einige KPD-Mitglieder ein Licht auf. Einem nun kommunistischen Jugendverband übergetretenen ehemaligen KPD-Mitglied wurde erklärt, sein Verbleiben wäre Berrat an der Republik und hätte getätigt geachtet werden.

Was das geschoben sollte, würden uns die Richter sehr leid tun, denn dass Eiden sie wohl bald aus ihrem gemütlichen, behaglichen Leben, das sie hier noch führen, trotz der fortwährenden Kommunistenpropaganda, herausgerissen werden und der 24-Strudentag würde für sie gelten, um all die Republik-Berats-Projekte durchzuführen, die Arbeitslosigkeit würde verschwinden, denn jeder hätte dann bei dem Massenbedürfnis nach Zuchtäusern (dem Aufwachungsort der Republik-Berater!) einen.

Wir würden aber unseren jungen KPD-Freund empfehlen, sich sofort diesen Gedanken patieren zu lassen, denn das Landesjugend-Beirat findet überall Rückzahlung, aber all diesen ehemaligen KPD-Genossen vor roten Strab. — zum kommunistischen Jugendverband.

Genossen! Ihr wandert Euch

dah so wenig Berichte aus dem Betrieb im Jungprolet erscheinen. Das kommt, weil wir keine oder sehr wenige erhalten. Das muß aber sofort anders werden!

Bericht aus Betrieb und Gewerkschaft

„Ihr habt euch die Freiheit erlämpft!“

Die österreichische Jugenddelegation an die Leningrader Jungkommunisten

Die österreichische Jungarbeiterdelegation hat vor ihrer Abreise aus Leningrad einen Brief an den Leningrader AOB gerichtet. Es heißt darin u. a.:

„Das was wir gesehen haben, erweckte in uns die schärfste Bewunderung und erfüllte uns mit heißem Glauben an die Zukunft eures Landes. Der Aufenthalt in Leningrad hinterließ in uns einen unauflöschlichen Eindruck, den wir unser ganzes Leben lang bewahren werden.“

Ihr habt euch die Freiheit erlämpft und ihr werdet sie gegen alle Anschläge der internationalen Bourgeoisie zu verteidigen wissen. Wir, die österreichische Jugend, spüren noch die Klassenunterdrückung und Sklaverei, bei uns gibt es noch nichts von euren sozialen und politischen Errungenschaften. In den Palästen der Reichen herrscht Überfluß und Pracht, während wir in armutsvollen Wohnungen haufen und Hunger leiden. Die österreichische Arbeiterjugend muß in furchtbaren Verhältnissen leben, und zu gleicher Zeit verbreitet die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Diener ungeschwätzte Bekundungen über Sowjetrußland.

Doch nicht lange wird es ihnen gelingen. Wir werden nach Oesterreich zurückkehren und werdet unseren Genossen die ganze Wahrheit über eure Freiheit und eure Rechte erzählen, wir werden erzählen, wie ihr am wirtschaftlichen Aufbau arbeitet, wie ihr lernt, wie ihr eure ganze Kraft für das Werk der Befreiung des Proletariats verwendet. Wir werden ihnen auch sagen, wie unumgänglich notwendig für eure ferneren Erfolge die internationale Solidarität des Proletariats ist!“

Weniger für den „Jungprolet“!

Aus dem Bezirk Schlesien

Bezirkskonferenz am 26. und 27. September 1925

Die Bezirksleitung hat beschlossen, die Bezirkskonferenz am 26. und 27. September in Breslau abzuhalten. Die Tagesordnung lautet:

1. Politische Lage und Aufgabe der Partei.
2. Bericht der Bezirksleitung.
3. Nächste Aufgaben des Bezirks Schlesien.
 - a) Wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit.
 - b) Allgemeine Aufgaben.
4. Wahlen.
 - a) der Bezirksleitung.
 - b) der Delegierten zum Verhandlungskongress in Osta.
5. Anträge und Beschlüsse.

Anträge sind bis zum 20. September an die Bezirksleitung einzureichen. Während der Bezirkskonferenz treten folgende Kommissionen:

1. Politische Kommission.
 2. Organisatorische Kommission.
 3. Wirts-Kommission.
 4. Agitationspropaganda-, Bildungs-Kommission.
- Der Rote Jungsturm ist zur Teilnahme eingeladen.

Bezirksleitung Schlesien des kommunistischen Jugendverbandes

Trotz wiederholter dringender Mahnungen haben eine Reihe von Ortsgruppen immer noch nicht für den Monat Juli abgerechnet. Wir machen hiermit die Pol.-Leiter der Ortsgruppen für sofortige Befreiung dieses unanständigen Zustandes verantwortlich und stellen als wirklich letzten Termin den 18. September, nach dessen Ablauf wir gegen die Ortsleitungen einschreiten werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß zu dem 26. und 27. September stattfindenden Bezirkskonferenz für jeden Delegierten 4,25 Mark als Umlage zu zahlen sind. Dieses Geld muß baldmöglichst eingeliefert werden.

Gehet die Berichtsbogen sofort ein (es fehlen noch welche von Juli).

Am Sonntag, den 20. September findet in Oßlich eine Unterbezirkskonferenz des Oßlicher Unterbezirks statt. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. (Schreiben der BL beachten.)

Lotterie des kommunistischen Jugendverbandes

Sie Lotterie, die am 6. September ausgeschrieben werden sollte, ist auf den Tag der Bezirkskonferenz, den 27. September in Breslau angelegt.

Bezirksleitung des KPD Schlesien

Briefkasten

Mit dieser Ecke wollen wir dem schon öfters geäußerten Wunsch entgegenkommen, einzelnen Genossen unklare Fragen in dieser Weise zu beantworten, um damit eine gewisse Aufklärungsarbeit auch unter größeren Massen der Jungarbeiterkassen zu leisten.

Anfragen sind an die Bezirksleitung des KPD, Breslau, Reichenberg-Strasse 50, zu richten.

KPDler, Breslau. Auch wir werden in Schlesien versuchen, die Jungarbeiter für die Beteiligung an einer Jungarbeiter-Delegation nach Rußland zu interessieren. Da du uns mitteilst, daß du endlich einmal Klar sehen und hören willst, was in Rußland vorgeht, hoffen wir, daß du uns bei den Vorbereitungen zur Aufhebung dieser Delegation behilflich sein wirst, besonders da sich an ihr in der Mehrzahl KPD-Genossen, Parteifolk, Reichsbannermitglieder usw. beteiligen sollen.